Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Dienstag, den 15. März 1881. Nr. 124.

Die Ermordung des Czaren.

Weitere Einzelheiten entnehmen wir dem „Berl. Tagebl.“:

Petersburg, 14. März. Das Metall der Bomben, mit welchen das entsetzliche Attentat verübt wurde, zersprang in außerordentlich kleine Stückchen. Einer der verwundeten Civilisten, ein Musiklehrer Namens Capri, bekam das ganze Gesicht voll Splitter. Die erste Detonation hörte man in der Nähe des Thatortes genau um 2 Uhr 15 Minuten, die zweite um 2 Uhr 17 Minuten. Eine durchaus zuverlässige Persönlichkeit, welche im Momente der That ungefähr 1000 Schritte vom Thatorte entfernt war und aufmerksam gemacht durch die Detonationen, nach der Uhr sah, konnte mir diese Zeitangaben machen. Nachdem der Kaiser in das Palais gebracht worden war, legte man ihn in seinem Kabinet neben dem Schreibtische, an dem er gewöhnlich arbeitete, auf ein Bett und entkleidete ihn vorsichtig. Der furchtbar verwundete Monarch stöhnte Anfangs nur einige Male und schlug dann die Augen auf, als die Aerzte stark belebende Mittel anwendeten. Man hatte von einer Amputation wegen des hoffnungslosen Zustandes des Kaisers Abstand genommen. Nachdem der Schwerverwundete wieder zu sich gekommen war, blieb er unbeweglich still, bis ihn der Tod von seinem Leiden erlöste. Nachdem von der rechten Hand des Kaisers der Handschuh abgezogen war, zeigten sich blutunterlaufene Stellen. Der Trauring war ganz plattgedrückt. Die erste Ehrenwache bei seinem entschlafenen Czaren hielt der älteste General-Adjutant desselben, Fürst Suwarow. — Im Stallhof-Hospitale verstarb gestern Abend einer der bei dem Attentat verwundeten Civilisten, welcher hartnäckig jegliche Auskunft über seine Person verweigerte. Man vermuthet, daß dies der dritte der Mordgesellen, welche das Attentat begingen, gewesen ist. — Die „Nowoja Wremja“ bringt folgende Mittheilung: Am letzten Donnerstag erhielt der nunmehr verstorbene Kaiser ein Kästchen zugesendet, welches angeblich Pillen enthalten sollte. Er gab dasselbe dem Leibarzt Professor Botkin zur Untersuchung. Das Kästchen war mit einem Faden zugebunden und versiegelt. Als der Leibarzt den Faden durchriß, erfolgte eine schwache Detonation, wie von der Zündmasse eines Knallbonbons. Die Pillen selbst enthielten einen sehr starken Explosivstoff, der eigentlich bei Durchreißung des Fadens hätte zur Entzündung gebracht werden sollen.

Wien, 14. März. Hiesige Blätter melden aus Petersburg:

Die Verbrecher, welche am Thatorte verhaftet wurden — es sind deren zwei, nach anderer Version drei — wurden die ganze Nacht hindurch verhört. Graf Loris-Melikoff leitete die Vernehmung. Die Verhafteten sind angeblich nicht die eigentlichen Thäter. Die wirklichen Verbrecher hatten sich unter die Schneeschaufler gemengt, welche auf dem Platze waren und entflohen nach der That. Nach Mitternacht erschien Czar Alexander III. im Staatsgefängniß und wohnte eine halbe Stunde dem Verhör bei. Ueber hundert Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Untersuchung führen die Richter Nierjew, Lamanski und ein Gehülfe des Prokurators Pluschewki.

Die Fürstin Dolgorucki, die zweite Gemahlin Alexander II., verließ Petersburg. Die Fürstin ist angeblich in anderen Umständen und wird dem Begräbniß des verstorbenen Kaisers nicht beiwohnen.

Petersburg, 14. März. Für heute Abend ist eine Sitzung des Reichsrathes angesetzt, welcher sämmtliche Mitglieder des kaiserlichen Hauses beiwohnen werden. Es soll darüber verhandelt werden, daß dem verstorbenen Kaiser Alexander II. der historische Beiname „Osmoboditel“ (der Befreier) gegeben werde. Bekanntlich hat Kaiser Alexander I. den Beinamen „Blagosloweni“ (der Gesegnete). Den Kaiser Nikolai nennt der Volksmund „Nesabweni“ (der Unvergeßliche).

Petersburg, 14. März, 8 Uhr Abends. Der Kaiser erhielt im Anfang voriger Woche mit der Post ein Kästchen aus Paris, welches angeblich Pillen enthalten sollte. Als Absender war ein Doktor Jus genannt, welcher dem Kaiser mittheilte, er sei der Erfinder der beifolgenden Pillen, die das beste Medikament gegen Asthma und Rheumatismus seien. Die Ausstattung des Kästchens, die detaillirte Gebrauchs-Anweisung u. s. w. waren ganz so hergestellt, wie gewöhnlich bei Reklamemitteln dieser Art.

Der Kaiser überschickte das Kästchen, ohne es erst zu öffnen, zur Begutachtung seinem Leibarzte Professor Botkin. Dieser bemerkte beim Oeffnen einen zufällig hereingekommenen Bindfaden und wollte diesen herausziehen. Plötzlich erfolgte eine leichte Detonation, wie bei einem Knallbonbon. Botkin hielt das Kästchen für eine Atrappe, wie ihm solche der Kaiser schon öfter für seine Kinder überschickt hatte, und legte die vermeintliche Atrappe bei Seite.

Am Mittwoch fragte ihn der Kaiser um sein Gutachten über die Asthmapillen. Der Leibarzt bedauerte, daß der Scherz mißlungen sei und erzählte, was ihm beim Oeffnen begegnete. Der Kaiser wurde sehr ernst. Eine sofort vorgenommene sorgfältige Untersuchung der Pillen ergab, daß dieselben eine Menge Dynamit enthielten, welche genügte, um mehrere Personen zu zerschmettern, wenn sie zur Wirkung kam. Der Zündfaden war auf der Reise schadhaft geworden.

Besondere Sicherheitsmaßregeln sind nach dem Attentat in der Stadt weiter nicht getroffen worden, nur auf dem Newski-Prospekt reiten Kosaken-Patrouillen umher. Infanterie- und Kosaken-Patrouillen bewachen außerdem das Palais Anitschkow, welches der neue Czar Alexander III. vorläufig als Residenz beibehält.

Die Einbalsamirung der Leiche des verstorbenen Czaren durch die Professoren Gruber und Tarenetzki begann gestern Abend 10 Uhr in Gegenwart der Leibärzte Professor Botkin und Sizurin und dauerte elf Stunden.

Berlin, 14. März. Ueber die Aufnahme, welche die Schreckenskunde bei unserem greisen Kaiser fand, weiß die „Kreuzzeitung“ zu berichten:

Der Polizeipräsident v. Madai begab sich, als er die Nachricht von dem auf den Kaiser Alexander verübten Attentat erhielt, zu dem Kaiser, welchem bereits durch den Fürsten Bismarck die Depesche des Botschafters v. Schweinitz mitgetheilt worden war. Der Kaiser war bewegt, aber gefaßt, und reichte Herrn v. Madai mit den Worten die Hand: „Uns kann Niemand schützen, über Uns waltet eine höhere Macht.“ Dem „Fremdenblatt“ entnehmen wir: Der Kaiser war beim Erhalten der Nachricht von dem schrecklichen Ereigniß, trotzdem dasselbe dem greisen Monarchen in der schonendsten, allmälig auf den tragischen Ausgang vorbereitenden Weise mitgetheilt wurde, zunächst sprachlos vor Schreck und Theilnahme und hob vor Entsetzen beide Hände. Das kaiserliche Palais füllte sich alsbald mit höchsten und hohen Persönlichkeiten, sowie solchen von Rang und Würde. Die nächsten Familienglieder umgaben den Monarchen, welcher erst nach längerer Zeit Thränen fand. Waren die Augen der Umstehenden schon bisher vom Weinen geröthet, so bemüht man sich vergebens, den erschütternden Eindruck wiederzugeben, den der Anblick des schluchzenden, über die Maßen ergriffenen Monarchen hervorrief. Gott sei Dank haben gerade diese Thränen etwaige Befürchtungen betreffs Rückwirkung des Ereignisses auf die Gesundheit des Kaisers verscheuchen können. Nachdem der Kaiser sich gesammelt hatte, diktirte er eine lange Depesche an den nunmehrigen Monarchen von Rußland, die in den wärmsten Worten abgefaßt war und ein lebendiges Zeugniß von der tiefinnersten Zuneigung abgab, welche beide Landesfürsten verband. Der Depeschenwechsel zwischen dem jungen Kaiser von Rußland und Kaiser Wilhelm ist heute ein äußerst reger. Ueberdies wird heute ein Kabinets-Kourier mit einem eigenhändigen Schreiben des Kaisers an den Kaiser von Rußland nach Petersburg abgehen. Anderweitigen Nachrichten zufolge hat unser Kaiser in der Nacht zum Montag gut geschlafen und befand sich gestern, wenngleich tief erschüttert, doch körperlich bei erwünschtem Wohlsein, so daß zu hoffen steht, daß die gehabte Aufregung auf das Befinden des Kaisers keinen nachtheiligen Einfluß haben wird.

Der Magistrat hat gestern beschlossen, eine Adresse an den Kaiser abzusenden und ihm darin die Theilnahme der Bürgerschaft Berlins angesichts der Unthat auszusprechen.

Deutscher Reichstag.

15. Sitzung vom 14. März.

Präsident v. Goßler eröffnet die Sitzung um $12^1/_4$ Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: Staatssekretär Dr. Stephan.

Tagesordnung:

1. Fortsetzung der Etatsberathung und zwar zunächst über das Extraordinarium der Post- und Telegraphenverwaltung, über welches Namens der Budgetkommission Abg. Frhr. zu Franckenstein berichtet.

Abg. Dr. Reichensperger (Krefeld) kritisirt die Ausführung verschiedener Neu- und Umbauten in der Postverwaltung.

Staatssekretär Dr. Stephan theilt die Begeisterung des Vorredners für den christlich-germanischen oder gothischen Baustyl, aber nur da, wo er hingehöre. Bei den Postbauten seien praktische und Sparsamkeitsrücksichten ausschlaggebend.

Abg. Berger glaubt die allgemeine Ansicht des Hauses zum Ausdruck zu bringen, wenn er erklärt, daß der Herr Generalpostmeister trotz seiner bescheidenen Rede nicht nur zu viel, sondern auch zu luxuriös baut. Redner führt mehrfach Beispiele an, um die Nothwendigkeit größerer Ersparnisse nachzuweisen. Wenn Herr Dr. Stephan französischer oder englischer Generalpostmeister wäre, dann könnte er sich solchen Luxus gestatten; Deutschland sei ein kapitalarmes Reich und befinde sich seit Jahren in finanzieller Bedrängniß. Vor Allem möchte er bitten, die Bauten auf dem Gebiete der Post- und Telegraphenverwaltung auf das Nothwendigste zu beschränken. Luxuriöse Bauten ausführen und unzufriedene Beamte darin zu placiren, passe nicht zu einander.

Staatssekretär Dr. Stephan: Eine absolute Ruhe in der Ausführung von Bauten bei einer Verwaltung von 8000 Anstalten sei unmöglich. Größere Bauten wären indeß in den nächsten Jahren nur in Breslau, Hamburg, Lübeck, Köln und Aachen auszuführen; später werde es möglich sein, die Baukosten aus den laufenden Einnahmen zu decken.

Abg. Römer (Hildesheim) bedauert, daß man bei uns auf die künstlerische Ausführung öffentlicher Baulichkeiten so wenig Werth legt. Jeder Neubau werde wie ein Nationalunglück angesehen. Es liege darin ein Widerspruch, wenn man einerseits an die Jugend, welche sich der Baukunst widmet, die allergrößten Anforderungen stellt, wenn man die größten Mittel aufwendet, um alte Bauwerke zu erhalten und andererseits unausgesetzt auf die allergrößte Sparsamkeit und Einfachheit bei den Neubauten drängt.

Abg. Dr. Reichensperger (Krefeld): Was bei uns auf diesem Gebiete geschaffen werde, sei das gerade Gegentheil von Kunst. Gegenwärtig suche man durch äußeren Apparat zu imponiren, die Schönheit eines Baues werde aber nicht durch äußeren Luxus, sondern durch die organische Gestaltung, durch die Formen in Verbindung mit innerer Zweckmäßigkeit bedingt. Vor Allem aber sei es nothwendig, zu einer gewissen Einheitlichkeit des Baues überzugehen.

Das Haus bewilligt hierauf abweichend von den im Etat angesetzten Summen zur Herstellung neuer Postdienstgebäude:

In Coblenz (Gesammtkosten 500,000 M.), 1. Rate 150,000 M.

In Berlin (3. Bauabschnitt 1. Rate) statt 200,000 M. nur 150,000 M.

In Eschwege (Gesammtkosten 120,000 M.), 1. Rate 70,000 M.

In Charlottenburg (Gesammtkosten 150,000 M.), 1. Rate 90,000 M.

In Zittau i. S. (Gesammtkosten 200,000 M.), 1. Rate 72,000 M.

In Wilhelmshaven (Gesammtkosten 200,000 M.), 1. Rate 80,000 M.

Die übrigen Positionen werden unverändert bewilligt.

Sodann folgt der außerordentliche Etat.

Für unterirdische Telegraphen verlangt der Anschlag und beantragt die Kommission zu bewilligen: 1) Müncheberg-Posen-Thorn 2,058,000 M., 2) Berlin-Stettin-Colberg-Cöslin-Danzig 2,950,000 M., Köln-Aachen 405,000 M.

Staatssekretär Dr. Stephan giebt bei diesen Bewilligungen, die die letzten zur Vollendung des unterirdischen Telegraphennetzes seien, eine Uebersicht über die ausgeführten Bauten, die ursprünglich auf 52 Millionen Mark veranschlagt gewesen seien, die jedoch, obgleich erheblich mehr geleistet sei, als veranschlagt gewesen, nur 43,130,000 M. gekostet hätten. Es sei aus diesen Mitteln eine große Anzahl von Fernsprechanstalten errichtet (über 1000), so daß Deutschland augenblicklich über 10,000 Telegraphenstationen habe und somit an der Spitze aller Nationen stehe. In letzterer Zeit sind namentlich viele ländliche Orte in den Verkehr hineingezogen und in den großen Städten Zweigverkehrsanstalten eingerichtet. Uebrigens reiche die Summe, die die neuen Anlagen aufbringe, reichlich dazu aus, das aufgenommene Anleihe-Kapital zu verzinsen. Uebrigens sei das Material für die Kabel sämmtlich aus dem Inlande entnommen. Die Rohrpost-Anstalten verzinsen sich reichlich auf 7 pCt. Die Zahl der Telegramme sei auf 11,130,000 gestiegen, seit 1876 um 5 Millionen. Es sei also bei diesem Plan weniger gebraucht, mehr geleistet, als in Anschlag genommen und der Wohlfahrt und dem Verkehr des Landes ein erheblicher Vorschub geleistet. Der Telegraph, welcher früher nur eine Anstalt für Bevorzugte gewesen, sei jetzt ein Verkehrsmittel des Landes geworden. (Beifall.)

Diese Titel werden bewilligt, ebenso zur Anlage von Rohrpost-Aemtern in Charlottenburg 222,500 M., für Dienstgebäude in Kassel 155,000 M., Braunschweig 190,000 M., Hannover 50,000 M., Münster in Westfalen 87,000 M., Darmstadt 10,000 M.

Sodann folgt der vom Abg. Frhrn. von Minnigerode erstattete Bericht der Budgetkommission über die noch ausstehenden Theile des Etats des Reichsamts des Innern.

In diesem Reichsamte ist im Etat eine neue wirthschaftliche Abtheilung vorgesehen zur Vorbereitung der wirthschaftlichen Reichsgesetzgebung. Der Referent beantragt unter Hinweis auf die Großartigkeit der bevorstehenden Arbeiten und deren Dringlichkeit Namens der Kommission die Bewilligung der geforderten Summen.

Dagegen beantragt der Abg. Dr. Weber (Erfurt), von diesen Forderungen 30,000 M. abzusetzen und dieselbe Summe als Pauschquantum für die Vorbereitung gesetzgeberischer Arbeiten zu bewilligen. Es seien schon jetzt genügende Kräfte zur Vorbereitung vorhanden, er wolle daher diese Mehrausgaben für neue Anstellungen nicht bewilligen, da man nicht wissen könne, wie lange die gegenwärtige Wirthschaftspolitik dauern werde, ändere sich aber diese, so brauche man wieder andere Leute.

Staatssekretär v. Bötticher erläutert die Gründe, welche zur Kreirung der wirthschaftlichen Abtheilung geführt hätten. Die Frage stehe nun, nachdem selbst die Gegner diese Gründe anerkannt: Definitivum oder Pauschquantum; nun sei die Regierung der Ansicht, daß die Ziele und Zwecke der neuen Einrichtung im Wege des Pauschquantums nicht erreicht werden könnten. Zudem sei die Behauptung falsch, daß im Reichsamte des Innern unbeschäftigte Kräfte vorhanden seien, und mit dem bisherigen Modus, preußische Ministerialbeamte im Nebenamte in die wirthschaftliche Abtheilung zu berufen, sei nicht lange zu wirthschaften, da Beamte im Nebenamte nicht die Zeit hätten, ganze Vorlagen auszuarbeiten, sie könnten dieselben höchstens begutachten. Nun seien weder die Ressortchefs noch die geeigneten Kräfte selbst geneigt, Beamte zu beurlauben resp. dazu mitzuwirken, um diese Arbeiten zu fördern; dies liege in der Natur der Sache, da die Ressortchefs nicht geneigt sind, bewährte Kräfte zu beurlauben und die Beamten selbst, so geneigt sie auch sein mögen, an der wirthschaftlichen Reform mitzuarbeiten, doch Anstand nehmen, dies anders als im f.sten Amte zu thun.

Abg. Frhr. v. Franckenstein erklärt sich für die Bewilligung, da es besser sei, daß Reichsgesetze durch Reichsbeamte vorbereitet würden als von preußischen, wie es bisher geschehen; er hofft jedoch, daß nicht nur preußische, sondern auch andere deutsche Beamte in das Reichsamt berufen würden.

Abg. Stumm hält ebenfalls die Bewilligung für nothwendig, da voraussichtlich noch auf

längere Jahre Vorlagen auf dem wirthschaftlichen Gebiete vorzubereiten sein würden.

Abg. Karstens ist gegen die Bewilligung, da man die Vorarbeiten in den Papierkorb werfen müsse, falls bei den nächsten Wahlen eine manchesterliche Majorität sich bilde.

Abg Dr. Frege erklärt sich für Bewilligung, da man der Regierung, ob man nun mit ihren Plänen einverstanden sei oder nicht, jedenfalls die Mittel bewilligen müsse, um die von ihr intendirten Gesetze vorbereiten zu können.

An der Debatte betheiligen sich noch die Abgg. Kiefer und Dr. Weber, welche beide gegen die Bewilligung sprechen.

Abg Dr. Windthorst erklärt zu seinem Bedauern, diese neuen Stellen bewilligen zu müssen, da er ein wirkliches Bedürfniß dafür erkenne, er hoffe jedoch, daß in diese Aemter nicht Vertreter einer einseitigen Wirthschaftspolitik berufen werden würden, sondern von beiden Seiten.

Nachdem der Referent Abg. Frhr. v. Minnigerode nochmals die Bewilligung der geforderten Mehrbewilligung befürwortet hat, erfolgt dieselbe seitens des Hauses mit geringer Majorität.

Es folgen die einmaligen Ausgaben des Reichsamts des Innern.

Die Kommission beantragt, nach dem Antrage zu bewilligen: Beiträge für die Fischzuchtanstalt in Hüningen 17,400 M.; Erweiterung des germanischen Museums in Nürnberg 24,000 M.; für die Wiederherstellung der Marienkirche zu Oppenheim a./R. 16,500 M.

Diese Bewilligungen erfolgen ohne Debatte.

Ferner wird beantragt als Beihülfe zur Förderung der auf Erschließung Central-Afrikas und anderer Ländergebiete gerichteten wissenschaftlichen Bestrebungen 75,000 M.

Bei dieser Position befürwortet Abg. Dr. Virchow eine reichsseitige Unterstützung der in arktischen Gegenden in Aussicht genommenen meteorologischen und geologischen Untersuchungen, für die sich auch schon andere Staaten, wie z. B. Rußland, zu Unterstützungen bereit erklärt hätten. Doch würden hierzu mindestens 100,000 M. erforderlich sein, da soviel allein die Beobachtungsstation auf Jan Maien kosten würde, selbst wenn man annehmen dürfe, daß die Fahrt mit Marineschiffen zurückgelegt würde; er bitte eine Position in den Etat aufzunehmen, die ermögliche, diesem Bedürfnisse gerecht zu werden.

Staatssekretär v. Bötticher: Die Reichsregierung stehe den Arbeiten der Polarkonferenz sehr sympathisch gegenüber, es hätten bereits schriftliche Verhandlungen darüber stattgefunden, doch seien dieselben noch nicht so weit gediehen, zu einer Einstellung in diesen Etat zu führen. Nachdem die kaiserliche Marine es habe ablehnen müssen, ein Schiff für eine solche Beobachtungsstation zu stellen, würden sich die Kosten für die 18monatliche Unterhaltung einer deutschen Beobachtungsstation auf 600,000 M. belaufen und habe die Regierung bei dem Stande der Finanzlage nicht geglaubt, eine so hohe Forderung einstellen zu sollen.

Ferner werden gefordert und bewilligt: Remunerationen, Tagegelder; Fuhrkosten 2c. der Reichskommission zur Entscheidung der Beschwerden auf Grund des Sozialistengesetzes 18,750 M.

Hierzu bemerkt der Abg. Kayser, daß diese Kommission ganz überflüssig sei, seine Partei sehe diese Arbeit wenigstens nicht für nützlich an, da selbst wissenschaftliche Werke verboten worden seien, er wolle Beamten, die zu ihrem Vergnügen das Sozialistengesetz noch weiter ausführten, nicht noch aus der Tasche des armen Mannes Vergütigungen gewähren.

Abg. Dr. Hänel meint, die Bewilligung der Position nicht versagen zu sollen, hält aber die Thätigkeit der Kommission ebenfalls nicht für ersprießlich.

Die Position wird bewilligt, ebenso ohne Debatte 35,000 Mark für die Betheiligung des Reichs an der Ausstellung in Melbourne (zweite Rate) und 207,955 Mark an Baiern für Erstattung des Aufwandes für die zur Abwehr der Rinderpest an der österreichischen Grenze aufgestellten Gensdarmerie-Mannschaften.

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr.

T.-O.: Fortsetzung der Etats-Berathung, Küstenfrachtfahrt 2c.

Schluß 4 Uhr.

Provinzielles.

Stettin, 15. März. Bei der Säkularfeier der pommerschen Landschaft wurde am Sonntag folgendes Telegramm des Kronprinzen zur Verlesung gebracht: „Ich sende der pommerschen Landschaft zur Feier ihres hundertjährigen Bestehens, der ich leider persönlich fern bleiben muß, meinen herzlichen Gruß und Glückwunsch. Möge sie alle Zeit an den bewährten Grundsätzen festhalten, welchen sie ihre bisherigen Erfolge verdankt, auf daß sie im zweiten Jahrhundert bleibe, was sie bis jetzt gewesen, eine treffliche Anstalt, deren gedeihliches Wirken, ihren Leitern zur Ehre, der Provinz und dem ganzen Vaterlande zum wahren Nutzen gereicht. Friedrich Wilhelm, Kronprinz, Statthalter von Pommern."

— In der gestrigen Nummer des „Reichs-Anzeigers" wird das „Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Anleihescheine des Kreises Usedom-Wollin im Betrage von 225,000 Mark" bekannt gemacht.

— Herr K. Oberländer in Grünhof ist das nachgesuchte Patent für eine selbstthätige Weichenstellvorrichtung für Straßenbahnen ertheilt worden.

— Der 4 Jahre alte Sohn der in der Aschgeberstraße wohnhaften Wittwe Manders wurde gestern Abend gegen 7 Uhr in der Mönchenstraße von einer Droschke überfahren und erlitt dadurch verschiedene Quetschwunden am rechten Fuß.

— Aus dem Büffetzimmer des Restaurants Albrechtstraße 1 wurde gestern Morgen ein dem Kellner gehöriger Ueberzieher im Werthe von ca. 50 Mark gestohlen.

— In der Zeit vom 6. bis 12. März sind hierselbst 34 männliche, 19 weibliche, in Summa 53 Personen polizeilich als verstorben gemeldet, darunter 25 Kinder unter 5 und 12 Personen über 50 Jahre.

— Ein beklagenswerther Unglücksfall hat sich, wie die „Stargarder Zeitung" mittheilt, am vergangenen Sonnabend in dem Dorfe Parlin, im Naugarder Kreise belegen, ereignet. Auf dem dortigen Rittergute Parlin A., dem Herrn Hermann Schumann gehörend, ist das dortige Schäferhaus eingestürzt und hat unter seinen Trümmern sämmtliche Bewohner des Hauses begraben. Die Familie des Schäfers, bestehend aus circa 8 Mitgliedern, war gerade mit dem Einnehmen des Frühstücks beschäftigt, als man auf ein verdächtiges Knistern des Deckbalkens aufmerksam wurde und erschreckt aufsprang, um in's Freie zu eilen. Doch zu spät, denn mit entsetzlichem Getöse stürzte plötzlich das Haus zusammen. Die älteste Tochter, im Alter von 12 Jahren, wurde von dem herabstürzenden Gebälk sofort erschlagen. Die Uebrigen sind zwar mit dem Leben davon gekommen, haben aber mehr oder minder schwere Verletzungen davon getragen. Ein Kind von 3 Jahren hat die Sprache verloren. Dieser Fall ist umsomehr zu bedauern, da er nicht unverhofft eingetreten, sondern von den unglücklichen Bewohnern längst vorausgesehen und befürchtet worden ist. Leider hat der Besitzer aber die Gefahr nicht für so nahe gehalten, denn sonst hätte die Katastrophe durch rechtzeitige Vorsichtsmaßregeln vermieden werden können. Der betreffende Herr Amtsvorsteher hat den Thatbestand bereits aufgenommen.

— Am Freitag begann vor dem Schwurgerichte zu Cöslin die Verhandlung gegen die Mörder des Rittergutsbesitzers und Rittmeisters Holtz zu Wojenthin, welcher bekanntlich am 25. November v. Js., Abends nach 10 Uhr, in seinem Arbeitszimmer erschossen wurde. Angeklagt sind der 35jährige, schon mehrfach bestrafte Arbeiter Johann Ludwig Haß vom grünen Kruge bei Jatzthum wegen Mordes, der Arbeiter Karl Buse, der Arbeiter Friedrich Manzke, Beide aus Jatzthum, ferner der Böttcher Eduard Martin und dessen Ehefrau Ulrike, geb. Stegemann, vom grünen Kruge, sämmtlich der Anstiftung zum Morde beschuldigt, und der Materialwaarenhändler und Krüger Johann Hermann Schneider vom grünen Kruge, der Schneider Karl Kleinschmidt aus Groß-Woldekow, die verehelichte Johanne Haß, geb. Tietz, der Eigenthümer Daniel Billwock aus Jatzthum, wegen einfachen Diebstahls und Jagdvergehens vorbestraft, und endlich die Frau des Letzteren, Wilhelmine, geb. Karl. Letzte Gruppe ist beschuldigt, die Anzeige unterlassen zu haben, obwohl sie von dem geplanten Verbrechen Kenntniß hatte zu einer Zeit, da die Verhütung desselben noch möglich war. Eine zweite gleichzeitig verhandelte Anklage, die zwar neben dieser cause célèbre von untergeordnetem Interesse ist, jedoch mit der Blutthat in ursächlichem Zusammenhange steht, richtet sich außerdem gegen Haß und Manzke, welchen vorgeworfen wird, dem ermordeten Herrn Holtz eine Partie Wolle (etwa 105 Pfund) gestohlen zu haben, während Schneider, Kleinschmidt, die verehelichte Haß und die verehelichte Billwock der Hehlerei beschuldigt werden.

Durch das Verdikt der Geschworenen wurden nur die Billwock'schen Eheleute für nicht schuldig befunden und demgemäß freigesprochen, während in Betreff der übrigen Angeklagten das Verdikt auf Schuldig abgegeben wurde und demgemäß Haß, Buse und Martin zum Tode, ersterer außerdem wegen Diebstahls zu 3 Jahren Gefängniß; Manzke zu $4^1/_2$ Jahren Gefängniß und 1 Jahr Ehrverlust; die verehelichte Martin zu $2^1/_2$ Jahren Gefängniß; Schneider zu $4^1/_4$ Jahren Gefängniß und 1 Jahr Ehrverlust; Kleinschmidt und die verehelichte Haß zu je 4 Monaten Gefängniß verurtheilt. Die Angeklagten hörten ohne sichtliche Bewegung die Urtheilsverkündigung an.

† **Züllchow**, 14. März. Durch Unvorsichtigkeit einer Mietherin hätte heute leicht ein größerer Brandschaden entstehen können, wäre die Gefahr nicht rechtzeitig bemerkt und beseitigt worden. Eine in dem Hause des Eigenthümers Groth in der Bachstraße wohnhafte Frau hatte gestern Abend die Asche aus dem Ofen geräumt und dieselbe auf den mit Bretterverschlägen versehenen Hausboden geschüttet. Die Asche scheint aber noch nicht genügend ausgekühlt gewesen zu sein, denn heute Morgen schlugen auf dem Boden plötzlich die Flammen empor und sowohl die Balkenlage wie Bretterverschläge brannten. Durch schnelle Hülfe wurde das Feuer glücklicherweise schnell erstickt.

†† **Tempelburg**, 11. März. Am 9. d. fand hierselbst der Fastnachts-Vieh- und Pferdemarkt statt, der Verkehr war sehr unbedeutend, zum Theil hatte wohl die in Folge des Regenwetters entstandene Glätte dazu beigetragen, da dadurch die Wege nicht ohne Mühe zu passiren waren. Das Rindvieh war in seinen früheren Preisen sehr heruntergegangen; gute hochtragende und frischmilchende Kühe erzielten einen Preis von 120 bis 150 Mark, mittlere ca. 100 Mark und geringere noch bedeutend weniger bis zu 80 Mark herab. Noch ungünstiger verlief der gestern abgehaltene Krammarkt, Käufer wenig, dagegen fehlte es an Krämern nicht und fast alle verließen unbefriedigt den Markt. Der arme Handwerker ist zu bedauern, der bei den gegenwärtig gerade nicht zu billigen Lebensmittelpreisen, wenn er gleich Mühe und Fleiß anwendet, nicht weiß, wie und wo er seine fertigen Arbeiten absetzen und seine Familie ehrlich ernähren soll, da die Konkurrenz in Folge der Gewerbefreiheit viel zu groß geworden und die Preise für fertige Arbeit sehr oft unter die Selbstkostenpreise herabgedrückt werden, die erste Noth die größte und Jeder darum bekümmert ist, wie er zu so viel baarem Gelde kommt, um seine unumgänglich nothwendigsten Ausgaben bestreiten zu können. — Gestern fand hierselbst im Gerichtssaale Schöffengerichtssitzung statt, wobei Herr Amtsrichter Ackermann als Vorsitzender, die Herren Gutsbesitzer von Boltenstern und Gutsbesitzer Müller als Schöffen fungirten. Es kamen folgende Sachen zur Verhandlung: 1) Die Johann Falk'schen Eheleute in Claushagen hatten einen Wagen der Beschlagnahme entzogen und wurden dafür wegen Arrestbruchs zu 3 Monaten Gefängniß und in die Kosten verurtheilt. 2) Der Büdner Anton Pofahl in Zicker war beschuldigt, auf der Acker-Grenze des Ackerbesitzers Albert Böck daselbst einen Grenzpfahl umgehauen zu haben, da jedoch nicht festgestellt werden konnte, daß der Pfahl auf der richtigen Grenze durch eine Behörde gesetzt und Angeklagter dies bestreitet, so mußte Freisprechung erfolgen. 3) Der Ackerbesitzer Karl Oldenburg zu Abbau Tempelburg wurde dafür, daß er Mitte Oktober und am 30. Oktober 1880 zu Abbau Tempelburg zu dem Invaliden Schiefelbein gesagt: „Spitzbube, ich schlage Dich todt" und dabei einen Dreschflegel erhoben, in Anbetracht der vielen Vorbestrafungen, welche er bereits wegen Mißhandlungen und Körperverletzungen verbüßt, wegen Bedrohung der Begehung eines Verbrechens dem Antrage des Herrn Amtsanwalts gemäß zu 2 Monaten Gefängniß und in die Kosten verurtheilt. 4) In Sachen Kurzhals und Genossen waren Angeklagte nicht erschienen und wurde deren Vorführung und Ansetzung eines neuen Termins beschlossen. 5) Der Invalide Schiefelbein zu Abbau Tempelburg hatte gegen einen Strafbefehl wegen Hütungs-Kontravention, lautend auf 50 Pfg., Widerspruch erhoben und wurde deshalb zu 1 Mark Strafe verurtheilt. 6) Die verehelichte Müller Wrasse, Wilhelmine geb. Wiese, zu Beverdick, war beschuldigt, durch mehrere selbstständige Handlungen im Frühjahre 1880 von ihrem unter Observation gestellten Grundstücke ein Mühlenrad und altes Eisen an die Eisengießerei nach Neustettin gefahren und dort verkauft zu haben und wurde sie, obgleich der Antrag auf 4 Wochen wegen Arrestbruchs lautete, da Angeklagte geständig, dies aus bitterer Noth gethan zu haben, zu 3 Tagen Haft und in die Kosten verurtheilt. 7) Der Arbeiter Friedrich Sternberg, Seilergeselle Theodor Hindenburg und der Scheerenschleifer Anton Riedel von hier wurden wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs Jeder zu 1 Woche Gefängniß verurtheilt. 8) Der Arbeiter Wilhelm Drews von hier hatte am 18. November 1880 einen Wuchtbaum bei der Mühle des Herrn Zugehör diesem entwendet; er war geständig und wurde deshalb nur auf 3 Tage Gefängniß gegen ihn erkannt. 9) Die Wittwe Friederike Marin, geb. Vibranz, wurde deshalb, daß sie ihren 8jährigen Sohn Betteln geschickt, zu 3 Tagen Gefängniß verurtheilt. Ferner war der Invalide Ferdinand Stahl zu Rackow angeklagt, im Oktober v. J. an einem Orte, wo er nicht berechtigt war, die Jagd ausgeübt zu haben. Die Beweisaufnahme ergab, daß er nur mit dem Gewehr auf der Schulter über fremdes Revier nach einem für ihn zum Jagen berechtigten Orte geschritten sei. Er wurde deshalb des Vergehens für nicht schuldig erachtet und freigesprochen.

† **Arnswalde**, 12. März. In der nächsten Versammlung des landwirthschaftlichen Kreisvereins, welche am Dienstag, den 29. d. Mts., in „Stadt Rom" hierselbst stattfinden wird, steht auch die Frage zur Berathung: Welches Interesse hat der landwirthschaftliche Verein an einer Sekundärbahn zwischen Friedeberg und Arnswalde? Der Herr Oberst-Lieutenant a. D. und Bürgermeister Zöllner zu Friedeberg betreibt die Sache energisch und hat dort bereits eine Versammlung zur weiteren Berathung des Projektes anberaumt. Es stehen ferner u. A. auf der Tagesordnung: Hat der Frankfurter Fischerei-Verein im Verein bereits greifbare Resultate erzielt eventuell welcher Art sind dieselben? Welche Mittel sind anzuwenden, um Strohdächer ohne Veränderung des Dachstuhles in feuersichere umzuschaffen? Welche Resultate haben sich bei Benutzung der Ingenieure aus dem landwirthschaftlich-technischen Bureau der Herren Maaß und Seeliger herausgestellt? — Der entsprungene Verbrecher Fettinger scheint unsere Gegend doch nicht verlassen zu haben; es theilt uns nämlich Herr Amtsgerichts-Sekretär H. mit, daß auf der Tour Neuwedell-Arnswalde eine Dame zu ihm in den Postwagen stieg, deren Kopf und Gesicht so vollständig verhüllt waren, daß er letzteres nicht sehen konnte. Sie erlaubte sich ein entschieden absprechendes Urtheil gegen die Leistungen der hiesigen Polizei, welche des entsprungenen Fetlinger nicht habhaft werden könne, obgleich er Stadt und Umgegend fortwährend in Aufregung erhalte 2c. Bei der Ankunft hierselbst verließ sie eiligst den Wagen und entfernte sich flüchtigen Schrittes, und aus diesen eigenthümlichen Bewegungen glaubt Herr H. schließen zu können, daß seine Gesellschafterin ein verkleideter Mann, wahrscheinlich der entsprungene F. selbst, gewesen sei. (?)

*** **Schwetz**, 14. März. Vergangenen Donnerstag traf der Provinzial-Schulrath Dr. Kruse aus Danzig hier ein, um den Vorsitz bei der mündlichen Abgangsprüfung der 8 Ober-Sekundaner, welche am 10. stattfand, zu führen. Die vor circa 3 Wochen bei der schriftlichen Prüfung gelieferten Arbeiten sollen sehr günstig ausgefallen sein. Zugleich wird der genannte Herr die ganze Anstalt einer eingehenden Revision unterziehen und hegt man hier allgemein die Erwartung, daß dieselbe einen günstigen Ausfall haben wird und der Anstalt die staatliche Anerkennung, wenn nicht die Uebernahme seitens des Staates zu Theil wird, dies um so mehr, als die Stadt alle ihr darauf zielenden gestellten Bedingungen, theilweise mit großen Opfern, erfüllt hat und in diesem Jahre auch die letzte erfüllt: ein eigenes Gymnasialgebäude, welches allen Anforderungen für derartige Anstalten genügt, zu erbauen. Wenn auch die Hoffnung auf baldige Uebernahme vom Staate etwas vorzeitig sein dürfte, so ist wohl mit Sicherheit anzunehmen, daß der sich immer mehr entfaltenden, in steter gedeihlicher Fortentwickelung begriffenen Anstalt ein Zuschuß seitens des Staates gewährt werden wird. Seit einiger Zeit wird die Einrichtung der Prima sehr in Erwägung gezogen und hofft man, daß die zu diesem Zwecke gepflogenen Unterhandlungen einen günstigen Abschluß finden werden, da sich die Anstalt des Wohlwollens der vorgesetzten Schulbehörden sichtlich zu erfreuen hat. Auch die Einrichtung einer Selekta bei der höheren Töchterschule wird lebhaft besprochen und fand dieser Tage eine Versammlung zur Besprechung dieser Angelegenheit statt. — In der letzten Schöffensitzung wurde eine Gastwirthsfrau wegen Diebstahls zu 6 Wochen Gefängniß verurtheilt. Sie hatte ein von einem Gaste auf dem Tische vergessenes Portemonnaie mit 10,90 M. eingesteckt, sie erhielt namentlich in Rücksicht darauf, daß sie den Diebstahl in dem eigenen Gastlokal ausgeführt hatte, obige Strafe.

Kunst und Literatur.

Indien in Wort und Bild von E. Schlagintweit. Mit 400 Illustrationen. 23—25. à $1^1/_2$ Mark. Leipzig, Verlag von Schmidt und Günther.

Diese Lieferungen enthalten die Schilderung der Provinz Hindostan mit der Hauptstadt Dehli, in deren Nähe und bei Sikandra befinden sich wunderschöne indische Baudenkmäler, wie das Mausoleum des Akbar, des Altamsch und andere zeigen. Diese Bauten sind nämlich ganz von weißem Marmor, in welchen kostbare Steine wie Lapis lazuli, Amathyst u. s. w. zur Verzierung eingelassen sind. Die schönen Illustrationen dazu geben uns eine Idee von der wunderbaren Pracht dieser orientalischen Baudenkmäler. Dann folgt die Schilderung der Nordwest-Provinzen mit den Opium-Distrikten, wir erhalten ein vollständiges Bild der Mohn-Kultur resp. Opium-Fabrikation und des Opiumhandels, welcher England jährlich 150 Millionen Mark einbringt. [48]

Telegraphische Depeschen.

Bremen, 14. März. Das Wasser der Weser fällt langsam. Der angerichtete Schaden in den überschwemmten Stadttheilen an Waaren 2c. ist sehr bedeutend. Die Eisenbahnverbindung nach Oldenburg ist einstweilen sistirt; die direkte Verbindung mit Köln via Osnabrück ist unterbrochen und dürfte die Unterbrechung voraussichtlich längere Zeit dauern.

Dresden, 14. März. Heute Mittag fand in der russischen Gesandtschaftskapelle ein Trauergottesdienst für den verstorbenen Kaiser von Rußland statt, welchem der König, der Prinz Georg, das diplomatische Korps und die Angehörigen der russischen Kolonie beiwohnten.

Wien, 14. März. Staatsminister v. Haymerle hat gestern den österreichisch-ungarischen Botschafter in Petersburg angewiesen, das Beileid des gemeinsamen Ministeriums der österreichischen und ungarischen Regierung auszusprechen. Die für die nächsten Tage bei dem italienischen Botschafter Robillant, bei dem Minister v. Haymerle und bei dem Ministerpräsidenten Grafen Taaffe anberaumt gewesenen Festlichkeiten wurden abbestellt.

Wien, 14. März. Der Kaiser hat eine vierwöchentliche Hoftrauer anläßlich des Ablebens des Kaisers von Rußland angeordnet; der Erzherzog Karl Ludwig wird sich zu den Trauerfeierlichkeiten nach Petersburg begeben.

Die „Wiener Abendpost" schreibt anläßlich des Ablebens des Kaisers Alexander:

„Ein großmüthiger, hochsinniger und milder Monarch wurde dem dankbaren Volke entrissen. Die That allein, durch welche er 25 Millionen Unterthanen das Bewußtsein ihrer Menschenwürde gab, würde hinreichen, um Alexander II. in die Reihe der edelsten Wohlthäter der Menschheit zu stellen. Von tiefem Mitgefühl ergriffen, blickt die Bevölkerung Oesterreich-Ungarns nach der Hauptstadt des befreundeten Reiches. Möge Alexander III. erfüllen, was sein Vater vorbereitet hat, möge die Entwickelung Rußlands stetig auf jenen Bahnen vorwärts schreiten, welche zu den Zielen wahrer Volkswohlfahrt, zu reger Mitarbeiterschaft an den gemeinsamen Aufgaben des Friedens mit allen Völkern Europas führen.

Wien, 14. März. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wünschten die Czechen eine Beileidskundgebung des Hauses über die Petersburger Katastrophe. Der neugewählte Präsident, der Pole Smolka, lehnte jede Aeußerung ab. Die anderen Polen erklärten, falls der Präsident über das Petersburger Attentat sein Bedauern ausspreche, müßten sie den Saal verlassen. Die Kundgebung unterblieb sonach.

Briefkasten.

R. H. in Th. bei Sch.: Sie werden es thun müssen.